25.03.98

Änderungsantrag

der Abgeordneten Michael Müller (Düsseldorf), Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Angelica Schwall-Düren, Reinhold Hemker, Hans-Peter Kemper, Reinhard Schultz (Everswinkel), Wolfgang Behrendt, Friedhelm Julius Beucher, Ursula Burchardt, Marion Caspers-Merk, Dr. Liesel Hartenstein, Dr. Marliese Dobberthien, Ludwig Eich, Lothar Fischer (Homburg), Arne Fuhrmann, Volker Jung (Düsseldorf), Susanne Kastner, Eckart Kuhlwein, Klaus Lennartz, Christoph Matschie, Ulrike Mehl, Jutta Müller (Völklingen), Georg Pfannenstein, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Richard Schuhmann (Delitzsch), Dietmar Schütz (Oldenburg), Ernst Schwanhold, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Dr. Bodo Teichmann, Jella Teuchner, Lydia Westrich, Dr. Wolfgang Wodarg, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

zu der Beschlußempfehlung und dem Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ursula Schönberger, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Gila Altmann (Aurich), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 13/6997, 13/9755 -

Beendigung der Castor-Transporte

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuß) auf Drucksache 13/9755 erhält folgende Fassung:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle ihr möglichen Maßnahmen zu treffen, um die geplanten Castor-Transporte in das Zwischenlager Ahaus zu stoppen. Der Deutsche Bundestag sieht darin einen Verstoß gegen die Entsorgungsrichtlinien von 1979/80.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich Gespräche für einen nationalen Entsorgungskonsens aufzunehmen und dazu die Bundesländer sowie die Bundestagsfraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. einzuladen.

Bonn, den 25. März 1998

Michael Müller (Düsseldorf)
Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Angelica Schwall-Düren
Reinhold Hemker

Hans-Peter Kemper

Reinhard Schultz (Everswinkel) Wolfgang Behrendt

Friedhelm Julius Beucher Ursula Burchardt

Marion Caspers-Merk Dr. Liesel Hartenstein Dr. Marliese Dobberthien

Ludwig Eich

Lothar Fischer (Homburg)

Arne Fuhrmann

Volker Jung (Düsseldorf)

Susanne Kastner

Eckart Kuhlwein Klaus Lennartz Christoph Matschie

Ulrike Mehl

Jutta Müller (Völklingen)

Georg Pfannenstein

Wilhelm Schmidt (Salzgitter) Richard Schuhmann (Delitzsch) Dietmar Schütz (Oldenburg)

Ernst Schwanhold
Dr. Dietrich Sperling
Dr. Peter Struck
Dr. Bodo Teichmann
Jella Teuchner
Lydia Westrich
Dr. Wolfgang Wodarg

Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

Die ohne Zustimmung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen geplanten Castor-Transporte in das Zwischenlager Ahaus sollen verschleiern, daß die Bundesregierung und die Atomkraftwerke betreibenden Stromunternehmen über kein Entsorgungskonzept verfügen. Die Bundesrepublik Deutschland hat bis heute kein funktionsfähiges oder betriebsbereites nationales Endlager für alle Arten nuklearer Abfälle, obwohl dies seit über 20 Jahren geplant wird. Mangels vorhandener Endlager drohen die Entsorgungsgrundsätze aus den Jahren 1979 und 1980 hinfällig zu werden. Deshalb wird angestrebt, die langfristige Zwischenlagerung als Entsorgungsnachweis für den Betrieb von Atomkraftwerken rechtlich als ausreichend anzusehen und damit die beiden Zwischenlager Gorleben in Niedersachen und Ahaus in Nordrhein-Westfalen für die kommenden Jahrzehnte faktisch zu Endlagern radioaktiven Abfalls zu machen.

Diese Strategie gilt der Sicherung und zeitlich unbefristeten Nutzung der Atomkraftwerke, die in einem nationalen Energiekonsens nicht erreichbar ist. Voraussetzungen für einen nationalen Entsorgungskonsens sind daß,

 die Mengen des radioaktiven Abfalls begrenzt werden; deshalb ist der Ausstieg aus der Atomenergie so schnell wie möglich notwendig;

- die Entsorgung in nationaler Regie erfolgt und die Standorte der Zwischenlager regional ausgewogen über das Bundesgebiet verteilt werden;
- sich jedes Bundesland, in dem der Betrieb von Kernkraftwerken derzeit noch genehmigt ist, verpflichtet, die Lagerkapazitäten vorzuhalten, um gefährliche und überflüssige Transporte zu vermeiden;
- die direkte Endlagerung der einzig zulässige Entsorgungspfad wird.

Die Rücknahme der geplanten Castor-Transporte nach Ahaus vermeidet Risiken für Leib und Leben der betroffenen Bevölkerung in und um Ahaus sowie bei den Polizeidienstkräften.